

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gibt seinen Wähler*innen keine pauschale Personen-Wahlempfehlung für die Stichwahl zum Landrat im Landkreis Lüneburg am 16. Juni 2019. Wir haben vielmehr konkrete inhaltliche Anforderungen an die Landratskandidaten für die Amtszeit bis 2026.

Den einzelnen Wahl-Prüfsteinen sind die GRÜNEN Forderungen sowie die Stellungnahmen von Norbert Meyer, SPD und Jens Böther, CDU jeweils zugeordnet.

Inhaltsverzeichnis

Klimaschutz.....	2
100% Versorgung mit erneuerbaren Energien der landkreiseigenen Gebäude und beim Fuhrpark.	2
Divestment: kein Geld mehr für Kohle und Atom. Alle Geldanlagen des Landkreises ohne fossile Energieträger und Atomstrom ausrichten.	3
Umwelt– und Artenschutz.....	4
Mehr Fläche für Naturschutz. Umsetzung des Biotopverbundes und konsequente Überwachung der Naturschutzgebiete. Beseitigung des Vollzugsdefizits in der Eingriffsregelung und verbesserte Erfolgskontrolle bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.	4
Den Grüngürtel West als Landschaftsschutzgebiet ausweisen und den Digitalcampus auf den bestehenden B-Plan 82 beschränken.	5
Stopp der Zersiedelung. Siedlungsentwicklung nur noch entlang der Verkehrsachsen, insbesondere an vorhandenen und zu aktivierenden Bahnstrecken.	6
Mobilität.....	8
Umgehend neue, sichere Radwege bauen und bestehende Verbindungen verbessern.....	8
Reaktivierung der Bahnstrecken von Lüneburg über Amelinghausen nach Soltau sowie von Lüneburg nach Bleckede im Stundentakt und Taktverdichtung des Metronoms nach Hamburg. Mobilitätszentrale im Lüneburger Bahnhof mit Fahrkartenverkauf.....	8
Kostenlose Nutzung einer Niedrigwasserfähre sofort, statt einer Brücke irgendwann vielleicht. ...	10
Kostenlose Beförderung für alle Schüler*innen. Sitzplatz und Sicherheitsgurt für jedes Kind.	11
Landwirtschaft.....	13
Agrarwende gemeinsam mit den Landwirten der Region gestalten. Massentierhaltung beenden.	13
Politische Teilhabe.....	15
Beteiligung der jungen Generation bei allen politischen Prozessen und Entscheidungen.....	15
Soziale Gerechtigkeit.....	16
Bezahlbaren Wohnraum schaffen. Gemeinsame Wohnungsbaugesellschaft für Stadt und Kreis und Sicherung von Flächen in den Gemeinden.....	16
Förderung und Unterstützung des ländlichen Raumes mit Gesundheitsversorgung, schnellem Internet, sozialen Einrichtungen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung des ÖPNV.....	17
Den Landkreis zum sicheren Hafen machen und die Forderungen der Seebrücke umsetzen.	18

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Klimaschutz

100% Versorgung mit erneuerbaren Energien der landkreiseigenen Gebäude und beim Fuhrpark.

Bündnis 90/Die Grünen:

Der Landkreis Lüneburg muss klimaneutral werden. Erster Schritt ist die Versorgung der kreiseigenen Gebäude bzgl. Strom und Wärme komplett mit erneuerbaren Energien. Dies betrifft sämtliche Schulen und Verwaltungsgebäude, aber mittelfristig auch andere öffentliche Gebäude wie Krankenhäuser, Schwimmbäder, Theater usw.

Sämtliche Neuanschaffungen im Fuhrpark müssen ab sofort einen CO₂-freien Antrieb vorweisen, d.h. je nach Fahrzeugtyp elektro- oder wasserstoffbasiert.

Auch jede Ersatzbeschaffung muss ab sofort dem entsprechen.

Norbert Meyer, SPD

- Der Landkreis bezieht schon seit vielen Jahren reinen zertifizierten Ökostrom
- landkreiseigene Immobilien als Vorbild bei Umwelt- und Klimaschutz
- Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität

Jens Böther, CDU:

- **Das muss das Ziel sein! Und es ist auch mein Ziel!** Dass dahinter riesige Investitionen stehen, ist auch klar. Es gilt daher, dafür eine abgestimmte und leistbare Vorgehensweise zu entwickeln und umzusetzen. Ich möchte dafür zügig mit dem Kreistag ein **Klimaschutz-Leitbild entwickeln**, das handlungsleitend die konkreten Ziele und den Weg für die Klimaneutralität bei Gebäuden und Fahrzeugen vorgibt.
 - Für mich gehört aber mehr dazu: ich möchte auch die **Mitarbeiterschaft für das Thema gewinnen**. Auch wenn es natürlich richtig ist, so nützt es uns doch nur wenig, wenn wir z.B. in Sitzungen auf Kaffeemilch in Plastikdosen verzichten, aber die Müllsäcke aus dem Kreishaus abends prall gefüllt sind mit Kunststoffverpackungen. Alle sollten aus Überzeugung mitmachen. Ich sehe die öffentliche Hand und den Landkreis ganz konkret in einer **Vorbildfunktion** – diese muss gelebt werden. Dafür stehe ich.
 - Weiterhin möchte ich die **Klimaschutzleitstelle in ihrer Funktion stärken** und in ihrer Aufgabe neu ausrichten. Weg vom Anhängsel, zukünftig **fest eingebunden in die Prozesse und Strukturen des Landkreises**. Für mich gehört zu jeder Entscheidungsvorlage an den Kreistag neben der schon bisher aufgeworfenen Frage: Was kostet es? auch die Beantwortung der Frage: **Welche Auswirkung hat der jeweilige Beschluss auf die CO²-Produktion?** Dann bekommt das Thema das Gewicht und die Bedeutung im täglichen Handeln der Kreisverwaltung, die es heute haben muss.
-

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Divestment: kein Geld mehr für Kohle und Atom. Alle Geldanlagen des Landkreises ohne fossile Energieträger und Atomstrom ausrichten.

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verbrennung von fossilen Brennstoffen treibt die Klimakrise weiter voran, das 1,5 Grad Klimaziel kann nicht eingehalten werden, wenn die vorhandenen Ressourcen der Kohle-, Öl- und Gasunternehmen weiter verbraucht werden. Der Landkreis darf durch seine, sowie durch seine Tochtergesellschaften angelegten Gelder keinen Unternehmen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die von Kohle, Atom, Gas oder Öl profitieren und Gewinne erzielen. Alle kommunalen Anlagen müssen daher überprüft werden, ob Gelder in diese kritischen Branchen investiert sind. Eventuelle Defizite müssen nach und nach deinvestiert und in ökologische und nachhaltige Geldanlagen umgeschichtet werden. Diese Grundlage gilt auch für alle Neuanlagen. Der Landkreis Lüneburg soll sich offiziell der Fossil Free Bewegung anschließen.

Jens Böther, CDU:

- Der Landkreis besitzt Aktien der Eon-Avacon. Aktien sind bekanntlich langfristiges Kapital, das perspektivisch nur Erträge bringt, wenn es dem gesellschaftlichen Wandel folgt. Der Atomausstieg und der Kohleausstieg sind beschlossene Sache, bzw. werden es in Kürze sein. Das heißt, die Aktiengesellschaft wird perspektivisch keine Erträge mehr aus Kernkraft und Kohle erzielen und die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern weiter abnehmen. Daher sehe ich einen Verkauf als nicht sinnvoll an. Man hätte dann **keine Mitsprachemöglichkeit** bei der Umgestaltung der Aktiengesellschaft. Da ich aber die **öffentliche Hand als Vorbild beim Klimaschutz** sehe, wäre es schade, wenn der eigene Einfluss in dem Unternehmen nicht mehr geltend gemacht werden könnte. Es wird ja zukünftig darum gehen, von den Energieversorgern auch Investitionen z.B. in Ladeinfrastruktur und Netze einzufordern. Da würde der Landkreis sich als Miteigentümer (übrigens: die kommunale Einlage ist schon beachtlich und hat Gewicht) eine Gestaltungsmöglichkeit nehmen.
- Ich schlage vor, dass **der Ertrag** aus der Aktienbeteiligung **zweckgebunden** in das oben genannte Ziel investiert wird, den Landkreis klimaneutral aufzustellen, also ganz konkret in den **Umbau der Heizungsanlagen in unseren Schulen** eingesetzt wird.

Norbert Meyer, SPD:

- die Anlagerichtlinien von Hansestadt und Landkreis werden überprüft und gegebenenfalls angepasst

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Umwelt- und Artenschutz

Mehr Fläche für Naturschutz. Umsetzung des Biotopverbundes und konsequente Überwachung der Naturschutzgebiete. Beseitigung des Vollzugsdefizits in der Eingriffsregelung und verbesserte Erfolgskontrolle bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Um dem Artenschutz und dem Schutz bedrohter Lebensräume besser Rechnung zu tragen, sollten die im Rahmen der Natura 2000-Richtlinie festgelegten FFH- und Vogelschutzgebiete als Naturschutzgebiete (NSG) ausgewiesen werden. Vorhandene NSG sind um ausreichend breite Pufferstreifen zum Schutz vor Nährstoff- und Pestizideinträgen zu erweitern. Ungünstig geschnittenen NSG sind weitere Flächen zur Arrondierung hinzuzufügen. Besonders wichtig ist es, das regionale Biotopverbundkonzept umzusetzen, indem der Landkreis selbst Flächen erwirbt und in die vorhandene Schutzgebietskulisse eingliedert.

Neben diesen Maßnahmen sollten die Gemeinden aktiv dabei unterstützt werden, Gewässer, Hecken- und Baumreihen sowie Wegeseitenränder effektiv zu schützen und wiederherzustellen. Für die Straßen in Stadt und Kreis ist ein Konzept zur Erhaltung und Ergänzung der Alleen zu erstellen. Ein wesentlicher Baustein ist die fachkundige Pflege der Straßenbäume.

Um Naturräume und Gewässer in gutem Zustand zu erhalten, müssen Entwässerungseinrichtungen in NSG aufgehoben und Maßnahmen gefördert werden, die zur Grundwasserneubildung beitragen. Moorflächen sollten als Rückzugsräume gesichert werden und Bach- und Flussauen sind als Grünland bzw. Auwaldgebiete zu erhalten und zu entwickeln.

Für den effektiven Schutz der Naturräume ist es unabdingbar, dass Schutzgebiete konsequent überwacht werden, um die Einhaltung der jeweiligen Schutzgebietsverordnung durch den Landkreis als verantwortliche Naturschutzbehörde zu gewährleisten. Dazu gehört die Beseitigung des Vollzugsdefizits in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und eine deutlich verbesserte Erfolgskontrolle bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Untere Naturschutzbehörde (UNB) sowie die Untere Wasserbehörde (UWB) müssen dabei ihre Aufsichtspflicht bei Verstößen gegen naturschutz- und wasserrechtliche Vorgaben ausreichend wahrnehmen und deshalb durch zusätzliches Personal gestärkt werden.

Norbert Meyer, SPD:

- Sicherung von Flächen für den Naturschutz, Umsetzung des Biotopverbundes bei konsequenter Überwachung der Naturschutzgebiete und verbesserter Erfolgskontrolle bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- Und zum Klima- und Umweltschutz:
 - Klimaschutz als Chefsache: Ausbau der Klimaschutzleitstelle unter Einbeziehung des Mobilitätsmanagement
 - Masterplan „Klimaneutrale Energie/Klimaneutraler Landkreis“
 - 5 Mio. Euro Sonderprogramm für energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden, wie Kitas und Feuerwehren unter Berücksichtigung von Photovoltaik und Gründächern
 - Initiative plastikarmer Landkreis

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



- landkreiseigene Immobilien als Vorbild bei Umwelt- und Klimaschutz
- Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität

Jens Böther, CDU:

- Ich bin Bürgermeister in einer Kommune, die zu 100 % in Schutzgebieten liegt, dem Naturpark Elbhöhen-Wendland und dem Biosphärenreservat Nds. Elbtalau, einem Teil des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe. Biosphärenreservate sind **Modellregionen für nachhaltige Entwicklung. Hier sehe ich großen Handlungsbedarf**, dieses weltweit eingebundene Projekt im Landkreis Lüneburg endlich ernst zu nehmen und mit entsprechendem Gewicht zu versehen, um es in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern. Der Landkreis Lüneburg ist Mitglied im Naturpark Lüneburger Heide, hat aber leider dem Naturpark Elbhöhen-Wendland vor einigen Jahren aus finanziellen Gründen den Rücken gekehrt. Das würde ich gerne korrigieren. Ganz konkret werde ich mich als Landrat dafür einsetzen, dass die Entwicklung in den Schutzgebieten zukünftig eine höhere Priorität bekommt. Bisher erlebe ich den Landkreis hier auch personell unterrepräsentiert, das Thema gehört in die Verwaltungsleitung.
- Ich halte die **Umsetzung eines Biotopverbundes** für den Artenschutz für sehr wichtig. So habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Stadt Bleckede **Projektpartner** beim derzeit laufenden Projekt **Biotopverbund Elbtal Amt Neuhaus (BENE)** ist und war auch der einzige anwesende Bürgermeister, als das Projekt „Lüneburg summt“ aus der Taufe gehoben wurde. Meine Grundeinstellung zum Thema Natur- und Artenschutz wird hier denke ich deutlich.
- Inwieweit ein Vollzugsdefizit bei der **Eingriffsregelung** besteht, würde ich mir als Landrat sehr genau anschauen. Gemeinsam mit dem Kreistag sind dann Wege zu beschreiten, um hier gegenzusteuern und dem gesetzlichen Auftrag zu entsprechen.
- Ebenso sehe ich das mit der Erfolgskontrolle zu den **Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen**. Hier sollten die Gemeinden bei diesem Thema partnerschaftlich vom Landkreis unterstützt werden, um ggfs. Defizite abzubauen zu können. Die ersten Schritte mit zusätzlichem Personal sind getan.

Den Grüngürtel West als Landschaftsschutzgebiet ausweisen und den Digitalcampus auf den bestehenden B-Plan 82 beschränken.

Bündnis 90/Die Grünen:

Die hoheitliche Sicherung des sog. Grüngürtels-West als Landschaftsschutzgebiet, insbesondere auch aus klimatischen Gründen wird eindrucksvoll durch das Klimagutachten der Stadt Lüneburg unterstrichen. Mit der zunehmenden Siedlungsentwicklung der letzten Jahre hat dieser Landschaftsraum auch für die Erholung der ansässigen Bevölkerung eine enorme Bedeutung gewonnen, was durch die Vielfalt und Schönheit dieser Landschaft mit seinen Allen, Baumreihen und Hecken unterstrichen wird. Auch der Landschaftsrahmenplan des Landkreises sieht vor, diesen Bereich von Bebauung freizuhalten. Der geplante sog. Digitalcampus ist daher auf den bestehenden B-Plan 82 bis zur Königsallee unter Beibehaltung eines breiten, unbebauten Korridors zum Kalkbruchsee zu beschränken.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Norbert Meyer, SPD:

- Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen – Digital-Campus zielt in die richtige Richtung – Grüngürtel erhalten

Jens Böther, CDU:

- Die Hansestadt Lüneburg befindet sich in einem B-Plan-Verfahren für die besagten Gebiete. Es liegt dabei in der **Verantwortung der Hansestadt Lüneburg** die Zielkonflikte zwischen Kaltluftzufuhr, Landschaftsschutz, baulicher-, verkehrlicher- und wirtschaftlicher Entwicklung abzuwägen und zu einer Lösung zu bringen. Dass über Jahre **kein Stadtentwicklungskonzept** erstellt wurde, ist ein riesiges, hausgemachtes Problem der Hansestadt. Das rächt sich heute, **Zielkonflikte erscheinen kaum noch lösbar** oder Wege sind im wahrsten Sinne des Wortes verbaut worden. Wenn die Hansestadt Lüneburg die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes beantragen sollte, würde ich das unterstützen. In ein laufendes B-Plan-Verfahren einer kreisangehörigen Kommune kann und würde ich nicht eingreifen. Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange würde der Landkreis zum Verfahren aus den verschiedenen beteiligten Fachbereichen natürlich eine Stellungnahme abgeben.

Stopp der Zersiedelung. Siedlungsentwicklung nur noch entlang der Verkehrsachsen, insbesondere an vorhandenen und zu aktivierenden Bahnstrecken.

Bündnis 90/Die Grünen:

Für die ruhige Erholung der Bevölkerung, den Erhalt der natürlichen Ressourcen, u.a. für die Grundwasserneubildung und landwirtschaftlich genutzter Böden und zum Schutz von bedrohten Arten und Lebensräumen sind neue Siedlungsflächen für Wohnen und Gewerbe vor allem entlang der vorhandenen Verkehrsachsen, insbesondere an vorhandenen und zu aktivierenden Bahnstrecken auszuweisen. Dies dient auch dazu, die dadurch zunehmende Verkehre auf Strecken des ÖPNV zu lenken und die entstehenden Belastungen umweltfreundlich zu entschärfen. Um eine höhere Ausnutzung des nicht vermehrbaren Grund- und Bodens zu erreichen, ist darauf zu achten, dass vorwiegend der flächensparende Geschosswohnungsbau zum Zuge kommt, der deutlich, insbesondere was die Effektivität der Infrastruktur betrifft, kostengünstiger gestaltet werden kann und somit der massiven Nachfrage nach günstigen Wohnraum am ehesten Rechnung trägt. Das Hauptaugenmerk ist dabei insbesondere auf den östlichen Teil des Landkreises zu richten, wo immer noch nicht unerhebliche Leerstände und immer noch verhältnismäßig sehr günstige Immobilienpreise zu verzeichnen sind.

Norbert Meyer, SPD:

- Konzentration der Siedlungsentwicklung entlang der Verkehrsachsen
- Regionales Raumordnungsprogramm (RROP) mit hohem Natur- und Umweltschutz

Jens Böther, CDU:

- Eine bereits eingetretene Zersiedelung des Landkreises sehe ich heute nicht. Im Gegenteil, es sind Siedlungspotentiale durch eine **falsche Ausrichtung des Regionalen Raumordnungsprogramms** in den letzten Jahren nicht genutzt oder an falscher Stelle genutzt worden. Damit wurde eine Ursache für die rasant gestiegenen Wohnkosten gelegt.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



- Da bin ich ganz bei Ihnen: Eine Siedlungsentwicklung muss sich natürlich an den Verkehrsachsen orientieren. Dazu zählen, wie bereits oben erwähnt, insbesondere die zu **reaktivierenden Bahnstrecken**. Aber natürlich auch die vorhandenen Verkehrsachsen. Meine Erfahrung zeigt mir, dass die Gemeinden im Landkreis sehr verantwortlich mit den Entscheidungen zu ihrer Siedlungsentwicklung umgehen. Hier stehe ich dafür, dass in einem **neuen Regionalen Raumordnungsprogramm** gemeinsam mit den Gemeinden und dem Kreistag gute Wege für eine **abgestimmte Siedlungsentwicklung** gegangen werden können. **Wir sind ein Landkreis mit Potential**. Das müssen wir nutzen, darin liegt eine große Chance. Ich habe über meine bundesweiten Funktionen in der kommunalen Wasserwirtschaft auch mit stark schrumpfenden Regionen zu tun, die Probleme dort sind ungleich größer als in Wachstumsregionen. Daher sollten wir gut abgestimmt die Chancen im Sinne der Nachhaltigkeit im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich nutzen.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Mobilität

Umgehend neue, sichere Radwege bauen und bestehende Verbindungen verbessern.

Bündnis 90/Die Grünen:

Das Radwegeausbauprogramm muss auf den Prüfstand. Neben Lückenschlüssen ist es erforderlich, dass Radwegenetz an Kreisstraßen zügig auszubauen. Es muss sichergestellt werden, dass Radfahrer*innen zu gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer*innen werden. Dazu bedarf es ein Mehr an Sicherheit und deutlich mehr Platz für Radfahrer*innen.

Die Mitarbeit des Landkreises in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen muss intensiviert und der Radbeauftragte des Landkreises muss sichtbarer werden.

Jens Böther, CDU:

Als passionierter und überzeugter Fahrradfahrer **unterstütze ich diese Position uneingeschränkt**. Ich sehe großes Potential, viele heutige Nutzer von PKW bewegen zu können. Wir brauchen hier eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen der Stadt Lüneburg und den Umlandgemeinden. Die Rolle der Koordination und eine führende Rolle bei der Umsetzung sollte der Landkreis übernehmen. Die Funktion des Radbeauftragten ist neu zu definieren und sollte aufgewertet werden. Für eine zukunftsfähige Infrastruktur müssen zusätzliche P+R-Plätze und Shuttle-Verbindungen in die Stadt geschaffen werden, ebenso gehören abschließbare Fahrradboxen und Bike- und Car-Sharing Modelle zu einer klimaangepassten Infrastruktur.

Norbert Meyer,:

Ausbau und Verbesserung von Radwegen durch Aufstockung des Budgets für den Ausbau auf 2 Mio. Euro pro Jahr

Reaktivierung der Bahnstrecken von Lüneburg über Amelinghausen nach Soltau sowie von Lüneburg nach Bleckede im Stundentakt und Taktverdichtung des Metronoms nach Hamburg. Mobilitätszentrale im Lüneburger Bahnhof mit Fahrkartenverkauf.

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Reaktivierung von Bahnstrecken ist für eine Mobilitätswende unerlässlich, da diese Maßnahmen dazu beitragen, den Individualverkehr in der Stadt Lüneburg zu verringern und gleichzeitig die Mobilität der Menschen im ländlichen Raum verbessern. Die Reaktivierung der Bahnstrecken kann dazu beitragen, den Anforderungen an neue Siedlungsstrukturen im ländlichen Räumen gerecht zu werden. Sie eignen sich für touristische Verkehre (von der Elbe in die Heide) und können den heutigen Schülerverkehr mit Schulbussen zum Teil ersetzen.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Für eine Verbesserung in Personennahverkehr für Pendler brauchen wir die Taktverdichtung. Dazu ist es erforderlich, dass 3. Gleis zwischen Lüneburg und Maschen zusätzlich mit Weichen und Signalanlagen auszustatten, damit dieses 3. Gleis auch voll nutzbar ist. Dazu bedarf es ein 3. Gleis zwischen Lüneburg und Uelzen.

Die Mobilitätszentrale am Bahnhof Lüneburg ist Anlaufstelle für Fragen zum Mobilsein im Landkreis

Das Servicespektrum der Mobilitätszentrale umfasst:

- Persönliche Fahrplan- und Reiseberatung
- Verkauf von HVV und DB Fahrkarten
- Fahrpläne für Bus und Bahn (HVV, Metronom und DB)
- Tarifinformationen
- Mobilitätsplanung
- Informationen zum Stadtrad
- Park & Ride-Informationen
- Tipps zum CarSharing
- Informationen über Mietwagenmöglichkeiten
- Reiseinformationen
- Ausflugsziele in Stadt und Umgebung
- Kunst- und Kultur im Landkreis

Norbert Meyer, SPD:

- Mobilitätszentrale am Lüneburger Bahnhof
- Wirksamer Lärmschutz an den Bahnstrecken
- Reaktivierung der Bahnstrecken nach Bleckede und Amelinghausen mit alternativen Antriebstechniken (leisen Zügen und gesicherten Bahnübergängen)
- Taktverdichtung des Metronoms nach Hamburg
- Und für den ÖPNV:
 - Für 1 Euro pro Tag mit dem Bus durch den ganzen Landkreis, für Erwachsene mit einer Jahreskarte für 365 Euro, Schüler*innen zahlen die Hälfte
 - Ständige Weiterentwicklung des flexiblen Bussystems (Rufbusse, Schnellbuslinien, bessere Taktung und Umsteigezeit)
 - Umstellung der Busse auf emissionsarme Antriebstechniken bis 2030

Jens Böther, CDU:

- Seit Jahren unterstütze ich als Bürgermeister der Stadt Bleckede die Bleckeder Kleinbahn und die Verkehrsfreunde Lüneburg bei Ihrem Bestreben, die Strecke nach Bleckede aufzuwerten. Dieses mit dem Ziel, sie **so schnell wie möglich wieder für den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) zu reaktivieren**. Stand heute unterstützt auch endlich die SPD – geführte Hansestadt Lüneburg das Projekt, nachdem bei der großen Reaktivierungsuntersuchung des Landes Niedersachsen vor 5 Jahren dieses nicht der Fall war. Dazu muss man wissen, dass das Land keine Reaktivierung von Strecken gegen kommunalen Widerstand umsetzt. Wir wären heute wohl schon weiter. Ich halte die Reaktivierung der bei-

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



den Strecken für den SPNV für eine strategisch enorm wichtige Maßnahme für die Kreisentwicklung. Wir müssen den **Siedlungsdruck aus dem Bereich Lüneburg/Randgemeinden in den östlichen und südlichen Schenkel des Landkreises lenken**. Dazu sind die beiden Bahnstrecken ein wesentlicher Schlüssel. Kurz gesagt: Die Reaktivierungen der Bahnstrecken sind **Schlüsselprojekte für die Entwicklung unseres Landkreises** und bieten Ansätze, die Verkehrsproblematik zu entschärfen und gleichzeitig den Siedlungsdruck auf das Zentrum zu reduzieren.

- Eine Taktverdichtung des Metronoms nach Hamburg unterstütze ich, ebenso wäre eine Mobilitätszentrale im Bahnhof sinnvoll.

Kostenlose Nutzung einer Niedrigwasserfähre sofort, statt einer Brücke irgendwann vielleicht.

Bündnis 90/Die Grünen:

Seit der Wiedervereinigung werden den Menschen im Amt Neuhaus immer wieder Versprechungen bezüglich einer Brücke gemacht, die nicht erfüllt werden konnten und können. Selbst dann, wenn eine Brücke gebaut werden würde, dauert dieses mindestens zehn Jahre. Es muss Schluss sein mit Versprechungen, den Menschen im Amt Neuhaus muss jetzt geholfen werden. Dazu gehört ein Fährkonzept mit neuen Fähren und neuen Anlegern, so dass der Betrieb auch bei verschiedenen Wasserständen möglich ist. Die Fährnutzung muss für alle Menschen aus dem Amt Neuhaus ebenso kostenfrei sein, wie für die vielen Betriebe, die auf die Fähren tagtäglich angewiesen sind.

Norbert Meyer, SPD:

- Anschaffung einer Niedrigwasserfähre, sofort kostenfreie Nutzung für die Bürger*innen des Amtes Neuhaus, schrittweise Senkung der Fährpreise auf null

Jens Böther, CDU:

- Eine **kostenlose Nutzung der Fähren befürworte** ich. Die finanzielle Last unserer Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle zu reduzieren, ist ein guter Ansatz.
- Mit dem Thema Niedrigwasser und Fährbetrieb habe ich als Bürgermeister einer Stadt, die beidseitig der Elbe liegt, besondere Erfahrung. Eine sogenannte „Niedrigwasserfähre“, darunter verstehe ich eine Fähre mit nur 30-40 cm Tiefgang, könnte nur Personen befördern oder vielleicht einzelne Fahrzeuge. Eine Fähre, die allerdings eine Mindestanzahl Autos und Lasten transportieren muss, kann diesen geringen Tiefgang bauartbedingt nicht erreichen. Eine solche Fähre in Ihrem Sinne wäre daher keine dauerhafte Lösung. **Zur Überbrückung von Niedrigwasserzeiten** und zum ausschließlichen Transport von Personen, insbesondere Schülerinnen und Schülern, wäre ein deutlich **kleineres Fahrzeug schon heute sinnvoll**.
- Für mich ist der **Bau der Elbbrücke**, und damit die Umsetzung des Bürgerwillens aus der Bürgerbefragung, ein **sehr wichtiges Ziel**. Das Biosphärenreservatgesetz und das Landesraumordnungsprogramm sehen eine Trasse in Darchau / Neu Darchau dafür vor. Die Gründe für den Bau der Brücke sind vielfältig und mittlerweile auch vielfach gutachterlich belegt. Stichwortartig seien die Themen Schülerverkehr, Pendler, Anbindung an die

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Kreisstadt, Reduzierung von Auto-Abgasen bei Umwegen wegen Fährausfällen oder Vollendung der Einheit genannt. Hinzu kommt ein Aspekt, der immer deutlicher auf der Hand liegt: Die Elbbrücke in Hohnstorf ist marode. Sollte diese für den Verkehr ausfallen gibt es aus unserem Landkreis nach Norden keine feste Verbindung mehr und nur noch die Verbindungen in Rönne/Geesthacht und Dömitz. **Ich bin davon überzeugt, dass dieser Landkreis erst dann eine Einheit wird, wenn die Brücke gebaut ist.** Das Projekt hat eine derart große Bedeutung für alle Menschen in unserem Landkreis, dass es mehr als an der Zeit ist, dieses Thema endlich anzugehen und umzusetzen. Dafür stehe ich. Ökologische Aspekte sind bei der Umsetzung selbstverständlich zu beachten. Ein Trassenkorridor ist wie gesagt im Biosphärenreservatgesetz vorgesehen. Ob eine Brücke z.B. aus Holz nachhaltig und wirtschaftlich möglich ist, wie auch schon mal vorgeschlagen, bezweifle ich. Prüfen könnte man diese Option auf jeden Fall.

Kostenlose Beförderung für alle Schüler*innen. Sitzplatz und Sicherheitsgurt für jedes Kind.

Bündnis 90/Die Grünen:

Jede/r Schüler*in, aber auch Auszubildende, Berufsschüler*innen sowie Freiwilligendienstleistende müssen kostenlos zu ihrer Ausbildungs- oder Praktikumsstelle gelangen können. Es darf nicht von der finanziellen Lage der Eltern abhängen, welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt.

Ein sicherer Transport ist eine Selbstverständlichkeit und muss zwingend flächendeckend umgesetzt werden. Um dies zu gewährleisten sind zum einen ausreichend Fahrzeuge einzusetzen und bei Überlandfahrten außerhalb von Lüneburg, müssen die Busse mit Anschnallgurten ausgestattet sein um die Schüler*innen sicher zu transportieren.

Langfristig ist eine eigene Busgesellschaft anzustreben.

Norbert Meyer, SPD:

- Für 1 Euro pro Tag mit dem Bus durch den ganzen Landkreis, für Erwachsene mit einer Jahreskarte für 365 Euro, Schüler*innen zahlen die Hälfte
- Kostenlose Schülerbeförderung gilt weiterhin, eine Ausweitung auf SEK II-Bereich in einem zweiten Schritt
- Sitzplatz und Sicherheitsgurt ist sicherlich anzustreben und zu prüfen, wie schnell dies umzusetzen ist

Jens Böther, CDU:

- Eine kostenlose Beförderung aller Schülerinnen und Schüler ist selbstverständlich zu begrüßen. Das **Land Niedersachsen** hat dies daher auch in seinem **Koalitionsvertrag als Ziel** festgelegt. Ich gehe davon aus, dass dieses zeitnah umgesetzt wird. Eine Finanzierung im Vorlauf einer Landeslösung halte ich für riskant, da dann ggfs. eine Erstattung durch das Land ausscheiden könnte. Den im Kreistag mit einem Startvolumen von 250.000 € gefundenen **Einstieg in das Thema** finde ich vertretbar. Als Landrat würde ich die Finanzierung durch das Land mit Nachdruck einfordern, so lange, bis sie realisiert ist. Unsere Landtagsabgeordneten aus der Region, egal von welcher Fraktion, sollten sich ebenfalls im Schulterschluss für das Thema in Hannover stark machen.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



- Sitzplatz und Sicherheitsgurt für jedes Kind sind aus Gründen der Verkehrssicherheit ein gutes Ziel. Ich halte es für sehr sinnvoll als Landkreis **eine eigene Gesellschaft zu gründen**, um Busse selbst zu beschaffen und den Verkehrsunternehmen zur Verfügung zu stellen. Eine bessere Förderung wäre so möglich. Vor allen Dingen können wir dann **als Landkreis unsere eigenen Standards definieren und umsetzen**. Dazu könnten gehören Wasserstoffantrieb, mehr Sitzplätze, Sicherheitsgurte, W-LAN, Klimatisierung usw.
-

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Landwirtschaft

Agrarwende gemeinsam mit den Landwirten der Region gestalten. Massentierhaltung beenden.

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Agrarwende im Landkreis Lüneburg muss so gestaltet werden, dass der Landkreis einen effektiven Beitrag dazu leistet, eine zukunftsfähige, ökologisch verträgliche und faire Form der Landwirtschaft zu ermöglichen. Die Förderung ökologischer Landwirtschaft und von Familienbetrieben ist ein zentrales Element einer solchen Agrarwende. Gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Zusammenschlüsse der Lebensmittelerzeugung (z.B. WIR-Gärten) sind ebenfalls zu unterstützen und zu fördern. Darüber hinaus sollte zumindest auf landkreiseigenen Flächen der Einsatz von Glyphosat und Pestiziden untersagt werden. Maßnahmen gegen die Überdüngung der Böden mit Nitrat und Phosphat sind insbesondere in Wasserschutzgebieten zu ergreifen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft wird vor allem durch die gemeinsame Agrarpolitik der EU und Regelungen des Bundes bestimmt – dennoch kann der Landkreis Lüneburg zur Entwicklung einer ökologisch und sozial verträglicheren Landwirtschaft beitragen. Dazu gehört, den offenen und gegenseitigen Dialog zwischen Landwirt*innen, Politik und Bürger*innen zu fördern und Möglichkeiten zu verbessern, die Bürger*innen mit hochwertigen Lebensmitteln aus der Region zu versorgen, bei denen die Landwirt*innen faire Preise für ihre Produkte erhalten. Außerdem kann durch mehr Aufklärung und Bildungsangebote das Bewusstsein der Bürger*innen für Naturschutz, Ökologie und gesunde Ernährung gestärkt werden. Eine wichtige Aufgabe ist außerdem, Einfluss auf die Bodenpolitik zu nehmen und dafür zu sorgen, dass landwirtschaftliche Flächen in bäuerlicher Hand verbleiben können.

Die industrielle Massentierhaltung im Landkreis Lüneburg ist aus Umwelt- und Tierschutzgründen abzulehnen und es sollen keine neuen Tiermastanlagen genehmigt werden. Um den Tierschutz in bereits bestehenden Ställen zu gewährleisten, sind die personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Veterinäramt in die Lage versetzt wird, wirkungsvolle Kontrollen durchzuführen.

Jens Böther, CDU:

- Ich komme familiär aus der Landwirtschaft. In dem Dorf, in dem ich lebe, gab es in meiner Kindheit noch 14 landwirtschaftliche Betriebe, heute sind es nicht mal mehr 5. Eine sehr traurige Entwicklung. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Eine **Agrarwende**, wie immer Sie diese verstehen, wäre ein **gesamtgesellschaftlicher Prozess**. So lange eine „Geiz ist Geil“- Mentalität beim Kauf von Lebensmitteln nur den Preis und nicht die Qualität der Produktion und des Produktes im Fokus hat, wird der landwirtschaftliche Betrieb nur überleben können, wenn er seine Stückkosten durch Wachsen seines Betriebes senken kann. Dass die Tierhaltung in einigen Bereichen Ausmaße angenommen hat, die bedenklich sind, wissen wir alle. Wenn wir eine Änderung hinbekommen wollen, müssen wir unsere Gesellschaft überzeugen. Sonst essen und trinken wir weiterhin viel zu billige Lebensmittel, aber produziert in Osteuropa oder Asien. Das kann nicht das Ziel sein. Wir müssen unseren Landwirten endlich die Preise für die Lebensmittel bezahlen, die sie wert sind, dann klären sich viel Probleme von heute von alleine.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



- Ich möchte in diesem Bereich eine **kreisweite Initiative zur besseren Vermarktung regionaler Produkte** befördern und unsere **Bürgerinnen und Bürger dabei mitnehmen**. Ähnlich wie wir es im Biosphärenreservatgesetz erfolgreich mit den Partnerbetrieben tun, könnte hier ein Projekt zur Vernetzung unserer regionalen Produzenten umgesetzt werden. Die bäuerliche Landwirtschaft muss dabei gestärkt werden. Mit dem landwirtschaftlichen Bildungszentrum in Echem haben wir ein Kompetenzzentrum in unserem Landkreis, das ich in diesen Prozess sehr viel stärker einbinden möchte und werde. Dort gibt es hervorragende Ansätze und Know-How zu allen Haltungsformen und Produktionsweisen – und auch zu regionalen Produkten.

Norbert Meyer, SPD:

- Enge Kooperation mit den Landwirten der Region bei der Entwicklung eines Masterplans zur Agrarwende, kritische Prüfung bei Großprojekten
 - Sonderprogramm zur Förderung von gesunden Nahrungsmitteln aus der Region, Projekt „Lebensmittel für die Region - aus der Region“
-

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Politische Teilhabe

Beteiligung der jungen Generation bei allen politischen Prozessen und Entscheidungen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Jugendliche müssen in ihren Mitbestimmungsrechten gestärkt werden, denn auch in Kommunalparlamenten wie dem Lüneburger Kreistag werden in verschiedensten Bereichen wie Bildung, Mobilität, Klimaschutz aber auch Kultur Entscheidungen getroffen, die Auswirkung auf die Zukunft der Kinder und Jugendlichen haben.

Es sind politische Foren für Kinder und Jugendliche im Landkreis Lüneburg einzurichten um die Mitbestimmung der der jungen Generation zu stärken. Hierfür ist ein regelmäßiger Jugendkreistag zu organisieren, bei denen Jugendliche Anträge einbringen, mit Verwaltung und Kreistag ins Gespräch kommen und die Möglichkeit haben, ihre Themenbereiche in Form einer Fragestunde einzubringen. Eine Jugendbeteiligung ist bereits seit 2010 im § 36a Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz aufgenommen.

Darüber hinaus sind weitere Kinder- und Jugendbeteiligungsmöglichkeiten wie beispielsweise eine mobile Kinder- und Jugendbeteiligung zu entwickeln. Hierfür sollen gemeinsam mit jungen Menschen, dem Kreisjugendring, weiteren Jugendorganisationen im Landkreis sowie dem Verein Politik zum Anfassen e.V. Hannover Modelle für eine zeitgemäßen Kinder- und Jugendbeteiligung gefunden werden.

Norbert Meyer, SPD:

- Einberufung einer Jugendkonferenz zu Umwelt- und Klimafragen: „In was für einer Stadt, in was für einem Landkreis wollt ihr zukünftig leben?“
- Neue Wege, um mit der jüngeren Generation ins Gespräch zu kommen – persönlich aber auch mit digitalen Medien

Jens Böther, CDU:

Ich bin für ein **aktives und passives Wahlrecht ab dem 14. Lebensjahr!** Ich halte aus meiner Erfahrung heraus nur wenig von Pseudobeteiligungen in sogenannten Jugendparlamenten, in denen mit ein wenig Spielgeld gearbeitet wird und eine echte Beteiligung an den wirklichen Prozessen nicht stattfindet. Wenn schon, denn schon. Vielleicht kommen wir dann auch zu Entscheidungen, in denen Prioritäten anders gesetzt werden. Ich weiß, dass ist ein wenig visionär – ich halte es aber für absolut notwendig, diese gesellschaftliche Debatte zu führen. Meine Position kennen Sie jetzt.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Soziale Gerechtigkeit

Bezahlbaren Wohnraum schaffen. Gemeinsame Wohnungsbaugesellschaft für Stadt und Kreis und Sicherung von Flächen in den Gemeinden.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wohnen ist ein Menschenrecht - und muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Bund, Land und Kommunen haben die Schaffung von Wohnraum in den letzten Jahrzehnten zunehmend der Privatwirtschaft überlassen. Das Ergebnis sind rasant steigende Mieten, Immobilien- und Grundstückspreise, immer weniger durchmischte Quartiere und immer weniger bezahlbarer Wohnraum. Nur gemeinsam können Stadt und Landkreis Lüneburg dem entgegenwirken. Voraussetzung für die Beseitigung des Wohnraummangels ist die Sicherung von Flächen. Statt meistbietend zu verkaufen, muss mit jedem Verkauf die Pflicht zur Sozialbindung verbunden werden. Um den Ausverkauf öffentlicher Flächen zu stoppen, können Vorkaufrechte wahrgenommen und Erbbaurechte eingeräumt werden. Nur eine gemeinsame Wohnungsbaugesellschaft für Stadt und Kreis kann im gemeinsamen Interesse wirkungsvoll und kosteneffizient Wohnraum schaffen. Genauso wichtig wie die Erschließung neuen Baulands sind die Förderung einer maßvollen Nachverdichtung, der Ausbau von Dachgeschossen, die Vermeidung von Leerstand sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Fehlnutzungen z.B. als Ferienwohnungen.

Norbert Meyer, SPD:

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf kreiseigenen Flächen, wie zum Beispiel auf dem alten Betriebshof in Embsen
- Mietwohnungsbau auch im ländlichen Raum ankurbeln durch Ankauf von Flächen und Weitergabe an Bauherren, Auflage mindestens 30 % der gebauten Wohnfläche zu günstigen Mietpreisen – Erarbeitung einer Förderrichtlinie
- Sonderprogramm zur Förderung genossenschaftlichen Wohnungsbaus
- Strategie zur Stärkung strukturschwacher Teilregionen des Landkreises, insbesondere im Süd-Osten des Landkreises (Gesundheitsversorgung, ÖPNV-Anbindung, Breitbandtechnologie, Soziale Infrastruktur, Arbeitsplätze)
- Steuerung der Entwicklung unserer Dörfer im RROP, Sicherung von Flächen für bezahlbaren Wohnraum, Gewerbeflächen und Einkaufsmöglichkeiten mit hohem Natur- und Umweltschutz

Jens Böther, CDU:

- Dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum benötigen, ist unstrittig. **Diesen zu schaffen ist ebenfalls eines meiner wichtigen Ziele.** Ich habe große Zweifel, dass eine gemeinsame Wohnungsbaugesellschaft von Stadt und Kreis die Lösung sein kann, weil der Landkreis anteilmäßig zur Stadt Lüneburg als Gesellschafterin niemals aufschließen kann, denn wer gibt schon Geld in eine Gesellschaft, in der er kein wesentliches Mitspracherecht hat. Die Lüwo-Bau GmbH ist eine großartige Gesellschaft, die wirklich viel für das Thema tut. Es gibt aber auch andere Modelle. So habe ich mir die **Kreiswohnungsbaugesellschaft** des Landkreises Harburg sehr genau angeschaut. Das ist ebenfalls ein sehr kluges Konzept. Ich denke, wir werden mit mir als Landrat einen guten, abgestimmten Weg finden, um günstigen Wohnraum im Landkreis zu schaffen. Der halbherzige Ansatz der letzten

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Jahre muss ein Ende haben und wir endlich in die Umsetzung kommen. Dabei kommt der **Beteiligung der Gemeinden auf Augenhöhe** und deren Zielen in der Siedlungsentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Kommunen aus eigener Überzeugung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum einsetzen. Mit welchen Mitteln und Instrumenten das geschieht, das gilt es ggfs. sehr individuell anzuschauen. Hier ist die Überzeugungskraft eines Landrates gefragt. Ich denke, dass ich die mitbringe.

- Die **Landkreis-Richtlinie zur Förderung von Wohnraum** in dünnbesiedelten Gebieten ist jetzt endlich verabschiedet. Ich habe von Anfang an aus Überzeugung daran mitgewirkt und das Vorhaben unterstützt. Ein wichtiger Baustein ist eben auch die **Entwicklung im Bestand in unseren Dörfern**.

Förderung und Unterstützung des ländlichen Raumes mit Gesundheitsversorgung, schnellem Internet, sozialen Einrichtungen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung des ÖPNV.

Bündnis 90/Die Grünen:

Der Landkreis muss die ländlichen Gemeinden bei Erhalt und Verbesserung der dörflichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge unterstützen.

Der Rückgang der Gesundheitsversorgung auf den Dörfern muss gestoppt werden. Hierzu sind zusammen mit den Gemeinden Anreize zur Weiterführung von vorhanden Praxen und individuelle Unterstützung bei Neuansiedlung von Ärzten und Gesundheitsberufen zu erbringen. Die Schaffung von Tagespflegestationen – auch zur Entlastung von pflegenden Angehörigen – auf den Dörfern, zusammen mit privatwirtschaftlichen und institutionellen Pflegediensten kann z. B. auch durch einen Förderfond initiiert werden.

Der Ausbau des schnellen Internets ist eine dauerhafte Aufgabe, da die Ansprüche an übermittelbare Datenmengen mit Fortschreiten der Digitalisierung in Beruf und Freizeit weiter steigen werden. Es ist langfristig sicherzustellen, dass das digitale Netz im Landkreis an die weiterführenden Ansprüche laufend angepasst wird.

Der Landkreis muss im Rahmen der Kreisentwicklung Anlaufstelle für Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe sein, die sich im Landkreis Lüneburg ansiedeln oder vergrößern möchten. Hierzu gehört auch eine positive Selbstdarstellung des Landkreises und gezielte Werbung. Zur Förderung von Unternehmensinvestitionen zwecks Schaffung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze sind Zuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen, über einen zu schaffenden Förderfonds zu vergeben.

In Zeiten des Klimawandels und absehbaren Kostensteigerungen im motorisierten Individualverkehr ist die verbesserte Anbindung des ländlichen Raums über den Nahverkehr eine Voraussetzung der dauerhaften Wohnbarkeit der Dörfer für alle Schichten der Bevölkerung. Die Umsetzung und Weiterführung der planerischen Ansätze des bestehenden Verkehrskonzeptes mit der Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger (Zu Fuß, Rad, Pkw, Bus und Schiene) ist als vorrangiges Ziel zum Erhalt der Lebens- und Arbeitsqualität voranzutreiben.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Norbert Meyer, SPD:

- Strategie zur Stärkung strukturschwacher Teilregionen des Landkreises, insbesondere im Süd-Osten des Landkreises (Gesundheitsversorgung, ÖPNV-Anbindung, Breitbandtechnologie, Soziale Infrastruktur, Arbeitsplätze)
- Ärzteversorgung im ländlichen Raum: Praxisschließungen stoppen, Anreize für Landärzte durch Räumlichkeiten und finanzielle Zuwendungen, Gemeinschaftspraxen und Medizinische Versorgungszentren fördern
- Pflegeeinrichtungen vor Ort, Angebote für Tagespflege und ambulante Pflegedienste unterstützen, mehr Pflegekräfte ausbilden
- Weiterentwicklung des Landkreises Lüneburg als offene Region; der Landkreis nimmt Menschen in Not auf und entwickelt seine Integrationskultur weiter, Stärkung der ehrenamtlichen Helfer, die Integrationsarbeit leisten

Jens Böther, CDU:

- Das sind die **Kernaufgaben der nächsten Jahre in der Kreisentwicklung!** Dahinter stehe ich uneingeschränkt und werde mit aller Kraft die Verbesserung der ärztlichen Versorgung, ein flächendeckendes Glasfasernetz und damit die Schaffung auch von Arbeitsplätzen am Wohnort sowie die Umsetzung und Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans einschl. SPNV voranbringen. Als Bürgermeister einer kleinen ländlichen Stadt an der Elbe sind das genau die Themen, an denen ich die letzten Jahre gearbeitet habe und an denen ich auch zukünftig als Landrat arbeiten möchte.
- Ganz konkret unterstütze ich den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, **Medizin-Stipendien** für zukünftige Landärzte zu vergeben.
- Welche **Potentiale unser Klinikum** für unseren Flächenlandkreis hat, möchte ich in einem Projekt mit allen Beteiligten (Gemeinden, Klinikum, Kassenärztliche Vereinigung usw.) gerne herausarbeiten, um daraus Chancen für den ländlichen Raum abzuleiten und umzusetzen.
- Auch ein **Patientenmobil**, das landkreisweit die Menschen zu den Fachärzten bringt, würde ich gerne etablieren.

Den Landkreis zum sicheren Hafen machen und die Forderungen der Seebrücke umsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Für geflüchtete Menschen in Seenot wird es immer schwerer, sichere Orte zu finden, in die sie von Seenotrettungsorganisationen nach der Rettung aus Todesgefahr gebracht werden können, so wie es zahlreiche internationale Abkommen wie SOLAS, die internationale Konvention von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und andere zwingend vorschreiben.

Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren zudem die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern deren Arbeit. Deshalb fordern wir speziell im Mittelmeer geretteten Menschen im Landkreis Lüneburg aufzunehmen bis es eine umfassende europäische Lösung gibt und sich folglich gegenüber der Bundesregierung (insbesondere dem Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat) dafür einzusetzen, dass dies ermöglicht werden kann.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Den Landkreis Lüneburg zum sicheren Hafen zu erklären beinhaltet:

1. Sich mit Menschen auf der Flucht und der Ziele der SEEBRÜCKE solidarisch zu erklären.
2. Sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu positionieren und diese aktiv zu unterstützen, sowie die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff zu übernehmen bzw. sich daran zu beteiligen.
3. Die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherzustellen:
4. Aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt zu übernehmen und unterzubringen. Die Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Niedersachsen hergestellt.
5. Sich dem Bundesland Niedersachsen und der Bundesregierung gegenüber für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einzusetzen und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anzubieten:
6. Die Aufforderung an die Regierung des Landes Niedersachsen, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.

Die Aufforderung an die Regierung des Landes Niedersachsen und die Bundesregierung, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden, dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen ersparen.

Die Forderung über das Land Niedersachsen an die Bundesregierung auf die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfiel. Damit setzt sich der Landkreis Lüneburg mit anderen Städten / Landkreisen für ein Recht auf kommunale Selbstbestimmung zur zusätzlichen Aufnahme von Flüchtenden ein.

Die Forderung zur Einführung einer eigenständigen Norm auf Landesebene zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

7. Gewährleistung eines langfristigen Ankommens durch zur Verfügung stellen aller nötigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Unterkunft, Ernährung, medizinische Versorgung und Bildung.
8. Sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einzusetzen.
9. Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtsfreundlichen europäischen Migrationspolitik.
10. Die Veröffentlichung aller unternommenen Handlungen, um den Landkreis Lüneburg zu einem Sicheren Hafen zu machen.

GRÜNE Wahl-Prüfsteine zur Stichwahl des Landrats am 16. Juni 2019



Norbert Meyer, SPD:

- Weiterentwicklung des Landkreises Lüneburg als offene Region; der Landkreis nimmt Menschen in Not auf und entwickelt seine Integrationskultur weiter, Stärkung der ehrenamtlichen Helfer, die Integrationsarbeit leisten
- Förderung von Inklusion auf allen Ebenen
- Sonderprogramm zur Bekämpfung von Kinderarmut und Gewalt gegen Kinder

Jens Böther, CDU:

- Sie wissen, dass sich seit der Gründung der Seebrücke im Jahr 2018 59 Städte, Gemeinden und Landkreise mit deren Zielen solidarisch erklärt haben. Sie stellen sich damit gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Die Beiträge sind lokal sehr unterschiedlich. Die solidarischen Orte müssen nur eine der zehn Forderungen der Seebrücke erfüllen. Diese Forderungen sind in ihrer Bedeutung und auch ihren rechtlichen Auswirkungen sehr unterschiedlich. Letztlich wäre eine Solidaritätserklärung eine Entscheidung des Kreistages. Einen entsprechenden Diskussionsprozess würde ich offen begleiten wollen, welche Entscheidung dann zu welcher Forderung herauskommen kann, vermag ich nicht zu beurteilen. Einig sind wir uns sicherlich alle darin: **dass flüchtende Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist eine Katastrophe - und unserem Europa und unseren Werten unwürdig.**

Zusammenstellung: Andrea Glass, Kreissprecherin